













Wahlprüfsteine des DBfK Nordwest zur Wahl der Bremischen Bürgerschaft am 26. Mai 2019

Wir haben nachgefragt!

Der DBfK Nordwest e.V. hat **15 Fragen** zum Thema Pflege an die Vertreterinnen und Vertreter von **SPD, CDU, Bündnis 90/ Die GRÜNEN, FDP, Linke und AfD in Bremen** zur Wahl in Bremen gestellt. Lesen Sie hier die ungekürzten Antworten, die bei uns eingegangen sind und die wir für Sie in einer Übersicht zusammengestellt haben.

1. Wie steht Ihre Partei zu Mindestpersonalvorgaben und was planen Sie in Bezug auf die Entwicklung von Instrumenten zur Personalbemessung im SGB V und SGB XI Bereich für Bremen? Wie stellen Sie sich die Überprüfung der Umsetzung vor und wie soll mit Verstößen in Bremen umgegangen werden?	
	<p>Wir begrüßen den Schritt, Personaluntergrenzen einzuführen und haben uns im Rahmen des Pflegepersonalstärkungsgesetzes dafür eingesetzt. Nur mit einer guten Pflegepersonalausstattung ist eine sichere und gute Behandlung von Patientinnen und Patienten im Krankenhaus möglich. Mit zwei Maßnahmen sorgen wir darum für ausreichend Pflegepersonal: In vier pflegesensitiven Krankenhausbereichen gelten seitdem 1. Januar 2019 Pflegepersonaluntergrenzen. Begleitet wird diese Maßnahme ab 2020 von Vorgaben für die gesamte Pflege im Krankenhaus, dem sogenannten „Ganzhausansatz“. Wir wollen die Einhaltung der Untergrenze strenger kontrollieren. Werden die Personaluntergrenzen hingegen ohne Grund unterschritten, soll es Sanktionen geben. Welche das sind, steht noch nicht fest. Wir begrüßen es, dass in weiteren Bereichen im Krankenhaus Mindestpersonalvorgaben festgelegt werden sollen. Bremen hat sich darüber hinaus auf Bundesebene bei den Verhandlungen um das PpSG für ein zweites Maß für die Personalbedarfe jenseits der Personaluntergrenzen eingesetzt und wird dies weiter tun. Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit- und Verbraucherschutz hat deshalb eine Kommission aus Expertinnen und Experten eingesetzt, die Maßnahmen aus Bundesebene vorschlagen soll.</p>
	<p>Als CDU Bremen begrüßen wir die Einführung von Mindestpersonalvorgaben durch den Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) in bestimmten personalintensiven Bereichen und werden die Umsetzung in den Krankenhäusern unseres Landes unterstützen. In den folgenden Jahren muss genau geschaut werden, ob dieses Instrument sein Ziel auch wirklich erreicht. Erst dann kann entschieden werden, ob die Verordnung auf weitere Klinikbereiche ausgedehnt werden kann. Die im Gesetz vorgesehene Sanktionsmöglichkeit von Vergütungsabschlägen durch die Krankenkassen sehen wir als ein gutes Mittel an, um einerseits das angestrebte Ziel zu erreichen und andererseits vorübergehende Versorgungsengpässe – etwa durch die Schließung nicht ausreichend ausgestatteter Abteilungen – zu verhindern. Wir erwarten, dass die Kostenträger einen entsprechenden Kontrollmechanismus entwickeln und ihn entsprechend anwenden. Aus den gesammelten Erfahrungen der Umsetzung der Mindestpersonalvorgaben lassen sich im Anschluss auch Aussagen über die generelle Personalbemessung auf verschiedenen Stationen gewinnen. Deshalb ist es aus unserer Sicht wichtig, dass die Umsetzung der Vorgaben wissenschaftlich begleitet und evaluiert wird. Dafür werden wir uns auf Bundesebene einsetzen.</p> <p>Auch für den Bereich der Altenpflege halten wir Mindestpersonalvorgaben beziehungsweise Personaluntergrenzen genauso für notwendig und wollen die Betreuungsrelation schrittweise verbessern. Insbesondere in der Nacht ist dringend ein höherer Personalschlüssel unter Berücksichtigung der Schwere der Fälle umzusetzen. Dafür hat sich die CDU-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft bereits bei der Novellierung des Wohn- und Betreuungsgesetzes in den Jahren 2017 und 2018 eingesetzt. Diese schrittweise Verbesserung wollen wir in Abstimmung den Leistungserbringern und den Pflegekassen weitergehen.</p>

	<p>Wir GRÜNE unterstützen die Forderungen nach Personalmindestvorgaben. Wir werden uns deshalb dafür stark machen, dass verbindliche Personalbemessungsstandards in Altenpflegeeinrichtungen, Krankenhäusern und ambulanten Pflegediensten eingeführt werden. Nur durch solche Vorgaben lässt sich die Qualität in den entsprechenden Versorgungsbereichen sicherstellen. Wenn die Arbeit in der Pflege attraktiver werden soll, muss dafür gesorgt werden, dass die Beschäftigten in der Pflege eine Entlastung erfahren.</p> <p>Wenn die entsprechenden Studienergebnisse zur Personalbemessung vorliegen, werden wir GRÜNE uns dafür einsetzen, dass der Dialog mit den nötigen Beteiligten fortgesetzt wird und entsprechende Forderungen in eine Gesetzgebung gebracht werden. Für die Überprüfung und Sanktionierung müssen dann mit der behördlichen Aufsicht geeignete Instrumente entwickelt werden.</p>
	<p>Größtes Problem ist der Fachkräftemangel im Pflegebereich. Dagegen helfen auch keine Mindestpersonalvorgaben. Zugleich sind sie nötig, um die Qualität der Pflege zu sichern. Im Mittelpunkt unserer Politik stehen die Kranken und Pflegenden, sie müssen im Mittelpunkt aller Festlegungen stehen.</p> <p>Wir Freie Demokraten setzen uns für eine bundeseinheitliche Personalbemessung ein. Dabei müssen alle Kräfte und der erforderliche Personalmix berücksichtigt werden. Verstöße gegen Mindestvorgaben müssen verfolgt und ihnen muss abgeholfen werden.</p>
	<p>DIE LINKE fordert die Einführung einer verbindlichen und bedarfsgerechten Personalbemessung auf allen Stationen im Pflegebereich. Die Nichteinhaltung muss sanktioniert werden. Wir brauchen einheitliche Vorgaben wie viel Personal für eine patientenbezogene Pflege benötigt wird.</p>
	<p>Da SGB V und IX Bundesrecht sind, gehen wir davon aus, dass eine Veränderung des Pflegeschlüssels auch durch Bundesrecht angestrebt wird. Einen den skandinavischen Standards entsprechenden Schlüssel halten wir sozialpolitisch für wünschenswert.</p>
<p>2. Welche Sofortmaßnahmen werden Sie ergreifen, um nach der Regierungsübernahme die Personalausstattung in allen Pflegebereichen (Krankenhaus, ambulante und stationäre Altenpflege) besonders in der Nacht und am Wochenende in Bremen zu verbessern?</p>	
	<p>Wir setzen uns für verbesserte Rahmenbedingungen im Pflegebereich ein. Mit dem verabschiedeten PpSG haben wir für eine spürbare Verbesserung der pflegerischen Versorgung in der Kranken- und Altenpflege, durch eine bessere Personalausstattung und bessere Arbeitsbedingungen, bereits ein Sofortprogramm auf den Weg gebracht, das jetzt umgesetzt werden muss.</p> <p>Mit einer verbesserten Personalausstattung verfolgen wir auch das Ziel, die hohe Belastung der Schicht- und Wochenenddienste abzubauen.</p>
	<p>Als CDU Bremen nehmen wir die Problemlagen in der Pflege sehr komplex und vielfältig wahr. Die Verbesserung der Situation in der Pflege erreichen wir nur durch einen Mix von verschiedenen Maßnahmen, der in seinem Kern auf einer besseren und auch angeglichenen Bezahlung zwischen Gesundheits- und Altenpflege, besseren und vor allem verlässlicheren Arbeitsbedingungen sowie aus attraktiven Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten beruht. Alle Maßnahmen wollen wir im Fall der Regierungsübernahme zeitnah auf den Weg bringen.</p> <p>Als eine Art Sofortmaßnahme werden wir die Zuständigkeit für die Gesundheits- und Altenpflege in einem Ressort zusammenfassen und durch einen speziell Verantwortlichen führen lassen. Aus unserer Sicht ist diese Zusammenführung aufgrund der generalistischen Pflegeausbildung und der Konzentration von Maßnahmen der Personalgewinnung dringend notwendig.</p>

	<p>Bei dieser Thematik spielen verschiedene Ebenen eine bedeutende Rolle. Es ist notwendig, dass wir die Frage der Personalausstattung in allen Pflegebereichen auf Bundesebene klären, damit wir bundesweit einheitliche Standards etablieren. Die Entlastung der Pflegekräfte und die verbesserte Versorgung der Patienten*innen müssen dabei oberste Priorität haben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich möglichst viele Menschen für eine Ausbildung in diesem Beruf entscheiden. Die Zahl der Ausbildungsplätze muss sich dem Bedarf anpassen.</p> <p>Außerdem setzen wir GRÜNE uns seit Jahren für die erleichterte Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen ein. Wer mit Qualifikationen nach Deutschland kommt, soll diese nutzen können und eine qualifizierte Berufstätigkeit zügig aufnehmen können. Deshalb wollen wir die Voraussetzungen für Anerkennung in den landesrechtlich geregelten Berufen, also auch der Gesundheitsfachberufe, verbessern. Die Unterstützung bei der Suche nach einem Arbeitsplatz muss dabei über eine Erstberatung hinausgehen und beispielsweise berufsspezifische Deutschkurse beinhalten.</p>
	<p>Wir Freie Demokraten wollen die Zahl der Ausbildungsplätze drastisch erhöhen. Wir wollen die Familienfreundlichkeit der Arbeit in der Pflege erhöhen. Wir wollen durch Fort- und Weiterbildung die Zahl der Wiedereinsteigenden in der Pflege erhöhen. Eine weitere Ergänzung können Pflegekräfte aus dem Ausland sein.</p>
	<p>DIE LINKE fordert verbindliche Regelungen zur Personalbemessung in der stationären Krankenhausversorgung. Die Bedarfsermittlung soll sich dabei wieder an der Regelung über Maßstäbe und Grundsätze für den Personalbedarf in der stationären Krankenpflege (PPR) von 1992 orientieren. Für Funktionsbereiche wie OP-Säle, Anästhesie, Kreißsäle etc. müssen feste, am Bedarf orientierte Personalvorgaben im Bremischen Krankenhausgesetz festgeschrieben werden. Die Personalplanung ist dabei jährlich von den Krankenhäusern auf Grundlage der Erfahrungen im vorangegangenen Jahr zu prüfen. Zudem soll im Krankenhausgesetz eine Expert*innenkommission festgeschrieben werden, die paritätisch aus Vertreter*innen des Senats, der GeNo, den Kassen, Arbeitnehmervertreter*innen und Patient*innenvertretungen besetzt ist. Ziel ist, die Weiterentwicklung der Personalvorgaben und Qualitätsanforderungen so zu kontrollieren. Das Bremer Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus hat hier mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bremischen Krankenhausgesetzes (BremKrhG) wertvolle Vorarbeit geleistet. Im Bereich der Altenpflege setzt sich DIE LINKE für mehr Pflegestützpunkte und von den Kassen finanzierte mobile Pflegeberater*innen ein, um pflegende Angehörige zu entlasten. Deutlich höhere Löhne, bessere und flexiblere Arbeitsbedingungen (Stichwort: Vereinbarkeit von Familie und Beruf) sowie eine Erhöhung der Ausbildungskapazitäten sind überfällig. DIE LINKE fordert im Tagdienst mindestens eine Pflegekraft für zwei Bewohner*innen und im Nachtdienst mindestens eine Kraft für 20 Bewohner*innen.</p>
	<p>Da sämtliche Parteien sich geäußert haben, dass sie nicht mit der AfD koalieren wollen, können wir uns da nicht einmischen. Sollte es zu einer Minderheitsregierung kommen, werden wir aber diesbezügliche Initiativen aktiv unterstützen.</p>

3. Wie stellen Sie sicher, dass der Pflegeberuf in allen Pflegebereichen (Krankenhaus, ambulante und stationäre Altenpflege) eine angemessene und damit deutlich höhere **Vergütung** in Bremen erfährt? Wie stellen Sie eine funktionierende Pflege- und Krankenhausfinanzierung einschließlich der Übernahme notwendiger Investitionskosten für Bremen sicher?













Pflegekräfte übernehmen eine der wichtigsten Aufgaben in unserer Gesellschaft. Ihre Leistung **muss besser bezahlt werden**. Über das **Pflege-Sofortprogramm** sorgen wir für mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne in der Pflege. Zuständig für das konkrete Aushandeln von Vergütungen sind die Tarifparteien. Wir sprechen uns für die **Bezahlung nach Tarif** aus: Arbeitgeber und Gewerkschaften sollen zu flächendeckenden Tarifverträgen in der Altenpflege kommen können und damit zu einer besseren Bezahlung für die Pflegekräfte in ganz Deutschland. Zur besseren Ausfinanzierung der Pflege und Krankenhausfinanzierung setzen wir uns auf Bundesebene für eine **Weiterentwicklung der Pflegeversicherung von einer „Teilkasko“ zu einer „Vollkasko“-Versicherung** mit einer umfassenden Absicherung aller Pflegekosten ein. Die Regelungen im Bremischen Krankenhausgesetz sehen vor, dass die Krankenhäuser im Land Bremen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel öffentlich gefördert werden. Die zur Verfügung gestellten Investitionsmittel sind im Jahr 2014 deutlich erhöht worden – von 28,438 Millionen Euro im Jahr 2013 auf 38,400 Millionen Euro im Jahr 2014. Die Fördermittel bewegen sich im Vergleich zu den anderen Bundesländern in allen Betrachtungsweisen (Fördermittel pro Krankenhausbett, pro Krankenhausfall, pro Einwohner) immer in der Spitzengruppe. Wir werten es als Erfolg, dass das in vergleichender Perspektive hohe Investitionsniveau seit 2014 näherungsweise konstant gehalten werden konnte. Dennoch gibt es einen Sanierungsstau in den Kliniken im Land Bremen, den wir durch die **Erhöhung der Krankenhausinvestitionen** abbauen wollen.



Für uns als CDU Bremen darf der Kostendruck, der mittlerweile auf den Krankenhäusern lastet, nicht dazu führen, dass bei der Bezahlung des Pflegepersonals gespart wird. Wir begrüßen es deshalb, dass der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) mit dem **Pflegepersonalstärkungsgesetz (PpSG)** dafür sorgt, dass zukünftig jede aufgestockte Pflegestelle am Bett vollständig von den Kostenträgern refinanziert wird. Das mit dem Krankenhausstrukturgesetz eingeführte Pflegestellen-Förderprogramm wird damit über das Jahr 2018 hinaus weiterentwickelt und ausgebaut. Für die zusätzlichen Mittel gilt anders als bisher keine Obergrenze und der Eigenanteil der Krankenhäuser von zehn Prozent entfällt. Das PpSG führt dazu, dass Pflegepersonalkosten besser und unabhängig von Fallpauschalen vergütet werden. Die Krankenhausvergütung wird ab dem Jahr 2020 auf eine Kombination von Fallpauschalen und einer Pflegepersonalkostenvergütung umgestellt. Dieses Pflegebudget berücksichtigt die Aufwendungen für den krankenhausesindividuellen Pflegepersonalbedarf und die krankenhausesindividuellen Pflegepersonalkosten für die unmittelbare Patientenversorgung auf bettenführenden Stationen. Die DRG-Berechnungen werden um diese Pflegepersonalkosten bereinigt. Wir werden die Umsetzung des PpSG in den Krankenhäusern des Landes Bremen konstruktiv begleiten. Auf Bundesebene werden wir uns außerdem dafür einsetzen, dass es einen ähnlichen Mechanismus für die Vergütung zusätzlicher Hebammenstellen gibt.

Aber auch auf Landes- und kommunaler Ebene wollen wir entsprechende Maßnahmen ergreifen, um mit eigenen Mitteln den Kostendruck der Krankenhäuser zu senken. Mit rund 800 Millionen Euro weisen die Krankenhäuser im Land Bremen einen erheblichen Sanierungs- und Investitionsstau auf. Bremen muss endlich seinen Verpflichtungen gegenüber dem Gesundheitssystem im Allgemeinen und den Krankenhäusern im Besonderen erfüllen und einen **angemessenen Betrag für die Investitionskosten** bereitstellen. Dies werden wir als CDU Bremen tun und dabei einen **klaren Prioritäten- und Maßnahmenplan** mit der Krankenhausgesellschaft erarbeiten. Einen Schwerpunkt wollen wir darüber hinaus bei der Digitalisierung setzen. Aus den Investitionsmitteln wollen wir innerhalb von fünf Jahren insgesamt 30 Millionen Euro mobilisieren, um die **Pflegedokumentation vollständig zu digitalisieren**. Damit wird auch das Pflegepersonal von bestimmten Aufgaben entlastet und Bremen erhält einen attraktiven Standortvorteil gegenüber anderen Kliniken. Im Bereich der Altenpflege begrüßen wir es, dass sich verschiedene Träger in Bremen zur **„Tarifgemeinschaft Pflege“** zusammengeschlossen haben und so

	<p>verbindliche und gute Löhne für die Beschäftigten anbieten können. Wir hoffen, dass sich die Träger auch in Zukunft zur Gemeinschaft beziehungsweise zum Tarifvertrag bekennen und ihn entsprechend fortschreiben. Auf Bundesebene unterstützen wir das Ansinnen der CDU-geführten Bundesregierung, die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen zu erleichtern beziehungsweise ähnlich lautende Vertragssysteme für alle Träger der Altenpflege zu gestalten. Zudem bringt das PpSG durch über 13.000 zusätzliche Stellen, die als medizinische Behandlungspflege aus den Mitteln des Gesundheitsfonds finanziert werden eine spürbare Entlastung. Auf kommunaler Ebene muss Bremen seinen Einfluss als Träger der Sozialhilfe geltend machen, um bei den Pflegesatzverhandlungen mit den Pflegekassen höhere Entgelte beziehungsweise Vergütungssätze für die Pflegenden zu erreichen. Davon profitieren sowohl Beschäftigte in der ambulanten Pflege als auch im stationären Bereich.</p>
	<p>Für die ambulante und stationäre Altenpflege fordern wir eine flächendeckende Tarifbindung, halten jedoch die Tarifföhne in der Pflege in den staatlichen Krankenhäusern für nicht unangemessen. Wir setzen uns im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/21 für eine weiterhin ausreichende Krankenhausfinanzierung in Bremen ein.</p>
	<p>Die Höhe der Vergütung ist Sache der Tarifparteien. Wir Freie Demokraten wissen, dass die Entlohnung im Pflegebereich unterschiedlich und in der Altenpflege und ambulanten Pflege geringer ist. Mit der künftigen gemeinsamen Ausbildung wird sich die Vergütung angleichen (müssen). Dafür müssen die Kostenträger mehr Mittel bereitstellen und wir als Gesellschaft (Kranken- und Pflegeversicherte, Sozialhilfeträger) bereitstellen.</p>
	<p>DIE LINKE setzt sich für einen bundesweiten Pflegemindestlohn von 14,50 Euro pro Stunde ein. Zur Finanzierung der gestiegenen Bedarfe schlägt DIE LINKE die Umwidmung des so genannten Pflegevorsorgefonds in einen Pflegepersonalfonds vor. Die GeNo muss von allen Investitionskrediten entlastet werden, Renovierung und Modernisierung der Krankenhäuser muss vom Land Bremen finanziert werden. Nur ohne ein Ende des Spar- und Rationalisierungsdrucks, der der GeNo verordnet wurde, ist gutes und ausreichendes Personal zu bezahlen.</p>
	<p>Das ist Sache der Tarifparteien.</p>
<p>4. Wie stehen Sie zur Pflegeberufekammer als Selbstverwaltungsorgan für die Pflegeberufe im Land Bremen, bzw. wie verschaffen Sie den Vertretern der Berufsgruppe adäquate Einflussmöglichkeiten? Planen Sie eine Befragung der Berufsgruppe?</p>	
	<p>Die Interessenvertretung der Pflegekräfte wollen wir stärken. Wir wollen deshalb eine Pflegebeauftragte/ einen Pflegebeauftragten des Senats schaffen, der die Interessen der zu Pflegenden, ihrer Angehörigen und zusammen mit den Gewerkschaften und der Arbeitnehmerkammer die Interessen der in der Pflege Beschäftigten wahrnimmt und sich für eine Verbesserung der Pflege einsetzt. Eine Pflegekammer, die aus Beiträgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Aufgaben des Staates und der Arbeitgeber finanziert, lehnen wir im Schulterschluss mit den Gewerkschaften ab. Eine Befragung der Berufsgruppe ist nicht geplant.</p>

	<p>Die CDU Bremen ist davon überzeugt, dass die professionell Pflegenden eine bessere berufspolitische Vertretung benötigen, als es derzeit der Fall ist. Die in der Pflege zu lösenden Fragen sind vielfältig. Zu berücksichtigen sind die Interessen der zu Pflegenden, der Pflegekräfte, der Einrichtungen, der Pflegekassen und derjenigen, die in diesem Bereich für Leitungs-, Organisations-, sowie Aus- und Weiterbildungsfragen zuständig sind. In dieser Interessenlage dürfen die Pflegenden nicht unberücksichtigt bleiben. Wir werden den in der Pflege Beschäftigten die Möglichkeit geben sich selbst zu organisieren, wenn sie das möchten. Sofern von den Pflegenden nach einer Befragung mit einer deutlichen Mehrheit gewünscht, setzen wir uns für eine Pflegekammer ein. Wir würden dabei sicherstellen, dass die Pflegenden keinen doppelten Kammerbeitrag zahlen und damit schlechter gestellt wären als andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land Bremen.</p> <p>Wir sind uns darüber bewusst, dass eine Pflegeberufekammer hauptsächlich und vordergründig die Fragen des Zugangs zum Beruf beziehungsweise die Berufsordnung sowie Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten definiert. Diese Expertise könnte durch die Politik genutzt werden, um die Attraktivität des Berufsbildes „Pflege“ weiter zu stärken und klare Qualitätsvorgaben zu machen. Für die Lohnfindung würden – auch mit einer starken Kammer – weiterhin die Tarifpartner zuständig bleiben.</p>
	<p>Wir wollen, dass alle Beschäftigten in der professionellen Pflege ihre Interessen auf Augenhöhe mit anderen Berufsgruppen und Vertreter*innen im Gesundheitswesen vertreten können. Wir wollen nach Beratungen mit den Pflegenden und Arbeitnehmervertretungen prüfen, ob und in welcher Weise eine Pflegeberufekammer ein geeignetes Instrument dafür sein kann. Außerdem verfolgen wir die Entwicklungen mit einer Pflegeberufekammer in den anderen Bundesländern sehr genau und werden die Erfahrungen in unsere Beschlüsse einbeziehen.</p>
	<p>Eine Pflegekammer wird sich finanziell nicht selbst tragen können. Es wäre neben der Arbeitnehmerkammer die zweite Kammer in der die Pflegenden in Bremen sein müssten. Die Interessen der beruflich Pflegenden werden schon heute von Gewerkschaften und Kammern vertreten. Wenn Sie das weiter tun, ist eine Pflegekammer überflüssig. Uns Freien Demokraten ist wichtig, dass die Probleme der beruflich Pflegenden ernst genommen werden. Dazu müssen sie gehört werden, das gelingt derzeit auch ohne Kammer.</p>
	<p>DIE LINKE lehnt die Errichtung einer Pflegekammer für das Land Bremen ab. Das Thema Pflegekammer beinhaltet unserer Ansicht nach vor allem ein Spaltungspotential. Eine Pflegekammer wäre ein Gremium, dass sich zur Pflegequalität und zu Fachstandards äußern könnte, mehr nicht. Die Probleme in der Pflege würden damit nicht gelöst. Eine Pflegekammer könnte an den bestehenden Verhältnissen nichts ändern. Sie könnte weder auf den Fachkräftemangel reagieren und hätte auch kein Mitspracherecht bei Tarifverhandlungen. Sie wäre nach Ansicht unserer Fraktion ein überflüssiger bürokratischer Verwaltungsapparat, der für die Pflegenden zusätzliche Kosten verursacht, aber keinen Nutzen bringt.</p> <p>Die Mitgliedschaft in einer bremischen Pflegekammer soll verpflichtend sein. Dies führt dazu, dass viele ihre Mitgliedschaften in Gewerkschaften und Berufsverbänden kündigen würden, weil sie kein Interesse an doppelter Beitragszahlung haben. Damit schwächt man Gewerkschaften und verringert die Durchsetzbarkeit von Tarifforderungen. Das wäre dann das Gegenteil von Stärkung. Die Interessen der Pflegehelferinnen und -helfer bleiben außen vor, denn diese vertritt die Kammer nicht.</p> <p>Unserer Meinung nach sollen sich Pflegekräfte organisieren und für ihre Interessen eintreten. Sie müssen mit Patient*innen sowie den Angehörigen aktiv werden und von Bundes- und Landesregierung, den Kassen sowie den Arbeitgebern einfordern, dass die Situation der Beschäftigten verbessert wird.</p>
	<p>Das halten wir nicht für vorrangig, dafür gibt es u.a. Ihren Verband.</p>

5. Welche Maßnahmen werden Sie für die Pflegenden in Bremen ergreifen, um die Voraussetzungen für gesunde Arbeitsbedingungen und eine bessere **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** zu schaffen?



Lebensphasengerechte Arbeitsplätze in der Pflege und bei Hebammen gibt es kaum, da im Alltag dieser Berufsgruppen zumeist keine Zeit bleibt, um entsprechende Strategien und Konzepte zu entwickeln. Wir werden zu der Thematik gemeinsam mit den Praktikerinnen und Praktikern einen **Prozess initiieren, der solche Konzepte zum Ziel** hat. Mit dem von der SPD geförderten **Ausbau der Kinderbetreuung** haben wir die Grundlage dafür geschaffen, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Es werden mehr Kita-Plätze geschaffen. **Bis 2020 wollen wir jedem Kind einen Platz an einer Ganztagschule** anbieten. Das ist ein wichtiger Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.



Die Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufes durch Maßnahmen der **betrieblichen Gesundheitsprävention und der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf** ist für uns unabdingbar. Wir wollen in Zusammenarbeit mit den Krankenkassen die Möglichkeiten des Präventionsgesetzes noch stärker nutzen, als es bislang der Fall ist. Dabei können wir uns ein **Projekt gezielt für Beschäftigte in der Pflege** vorstellen, die tagtäglich mit belastenden körperlichen Arbeiten konfrontiert sind, die im schlimmsten Fall zu einer Verkürzung des Erwerbslebens führen können. Zudem werden wir **digitale Mittel der Kommunikation** nutzen, um spezifische Angebote zur Prävention durch ein zusätzliches, mehrsprachiges und virtuelles Gesundheitszentrum bekannt zu machen, das öffentlich organisiert von Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge und anderen Kooperationspartnern (beispielsweise Sportvereinen) mitgenutzt werden kann.








Für die CDU Bremen hat die Diskussion um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – die alle Berufe in ähnlichem Ausmaß betrifft – zwei Dimensionen. Erstens müssen wir Familien stärker durch **gut ausgestattete Betreuungs- und Bildungsstrukturen** unterstützen. Hierzu hat die CDU bereits im Dezember 2018 einen Vorschlag zur aufwachsenden Ganztagsbetreuung vorgelegt und wird diesen im Fall der Regierungsübernahme zur Grundlage ihres Handelns machen. Zweitens müssen wir den Müttern und Vätern, die die Herausforderungen annehmen ihr Kind allein groß zu ziehen ermöglichen, sich selbst weiter zu qualifizieren. Wenn wir feststellen, dass rund 70 % der erwerbslosen Alleinerziehenden keine berufliche Ausbildung haben, dann kann uns die derzeitige Situation nicht zufriedenstellen. Speziell für Beschäftigte in der Pflege müssen wir für die **Verlässlichkeit von Arbeitszeit- und Urlaubsplanungen** sorgen. Der Rückruf aus dem „Frei“ macht die Planungen für Familien kaum möglich und steigert die Unzufriedenheit mit dem Beruf und der eigenen Situation. Zudem sollte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zum Halten von Fachkräften auch bei der **Dienstplanerstellung** stärker berücksichtigt werden. Damit wir hier zu einer Verbesserung der Situation in der Pflege kommen, müssen wir einen Mix von verschiedenen Maßnahmen einleiten, der in seinem Kern auf einer **besseren Bezahlung, besseren und vor allem verlässlicheren Arbeitsbedingungen sowie aus attraktiven Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten** beruht. Dieser Weg führt letztlich zu mehr Personal und mehr Verlässlichkeit.












Wir GRÜNE setzen uns nach Kräften dafür ein, dass Pflegekräfte in ihrer Arbeit eine Entlastung erfahren. Wir wollen die Attraktivität dieses wertvollen Berufs wieder in den Mittelpunkt rücken. Dazu fordern wir bessere **Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen, gesetzlich festgelegte Personalbesetzung mit höheren Personalschlüsseln und eine bessere Bezahlung sowie Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen**. Wir werden beim Kita-Ausbau die **bessere Randzeitenbetreuung** berücksichtigen, über die Regelbetreuung hinaus auch **flexible Kinderbetreuungseinrichtungen** vorhalten und werden mehr Ganztagschulen einrichten.













DIE LINKE setzt sich für **flexiblere Arbeitszeitmodelle** ein. Ansonsten s. Frage 2.

	<p>Wir wollen flexiblere Kinderbetreuungseinrichtungen schaffen. Wir wollen die Chancen und Möglichkeiten für Teilzeitarbeit verbessern.</p>
	<p>Wir befürworten eine Verbesserung des Pflegeschlüssels und wollen mehr Vollzeitstellen. Für die Arbeitsbedingungen sind Vorgesetzte, Mitarbeiter und Gewerkschaften zuständig.</p>
<p>6. Wie plant Ihre Partei den DBfK als größten Berufsverband der Pflegenden an gesundheits- und pflegepolitischen Entscheidungsprozessen in Bremen zu beteiligen?</p>	
	<p>Wir treten dafür ein, dass bei pflegepolitischen Entscheidungsprozessen wie bisher ein regelmäßiger Austausch und eine Einbindung mit in der Pflege tätigen Vereinen und Verbänden stattfindet.</p>
	<p>Bei der Weiterentwicklung und der Qualitätssicherung des Berufsbildes „Pflege“ ist die Politik auf Expertise von Expertinnen und Experten aus der Praxis angewiesen. Neue Ideen und Impulse kommen nicht aus der Verwaltung, sondern aus dem alltäglichen Wirken am Patienten. Die CDU in Bremen nimmt den DBfK als größten Berufsverband der Pflegenden als wichtigen Ratgeber wahr und will die gute Zusammenarbeit auch in Zukunft fortsetzen. Wir wollen die Expertise und den Erfahrungsschatz des DBfK und der anderen Berufsverbände nutzen, um einerseits die Nachwuchsgewinnung zu stärken und andererseits das Berufsbild weiterzuentwickeln. Beide Aufgaben können Politik und Verwaltung alleine nicht bewältigen.</p>
	<p>Die Beteiligung unterschiedlicher Menschen, Gruppen, Verbände im Vorfeld, während und auch noch nach Umsetzung von politischen Initiativen ist uns ein großes Anliegen. Wir möchten den bestehenden Kontakt zum DBfK vertiefen, um den fachlich so wertvollen Austausch zu intensivieren.</p>
	<p>Wie mit anderen Verbänden auch, werden wir uns mit ihrem Verband regelmäßig austauschen. In Rechtssetzungs-verfahren sind alle Verbände regelhaft anzuhören.</p>
	<p>Siehe Frage 2 (Bestandteil derExpert*innenkommission)</p>

	<p>Anhörung in Gesetzgebungsverfahren und in Fachausschüssen der Fraktionen und Gesundheitsdeputation.</p>
<p>7. Wie stellen Sie sich die Umsetzung der Reform der Pflegeausbildung in Bremen vor? Wie unterstützen Sie die einzelnen Pflegeschulen bei der Umsetzung?</p>	
	<p>Die durch das Pflegeberufereformgesetz notwendige Neuorganisation der Pflegeausbildung zum 01. Januar 2020, bietet die Möglichkeit, auch strukturelle Veränderungen in den Ausbildungsstätten für Gesundheitsfachberufe im Land Bremen vorzunehmen. Wir sprechen uns für eine Integration und weiterführende Konzentration der Schulen für Gesundheitsfachberufe an den Krankenhäusern im Land Bremen aus – dies betrifft sowohl die originär in Trägerschaft der Krankenhäuser befindlichen Ausbildungsstätten als auch bisher davon unabhängige Schulen für Gesundheitsfachberufe. So wird u.a. die Theorie-Ausbildung im Land Bremen auf Grundlage eines einheitlichen Curriculums erfolgen. Die Schulen sollen dazu kooperieren, beispielsweise in Form eines Vereins. Den Prozess der Neuorganisation werden wir eng und konstruktiv in den entsprechenden Gremien begleiten.</p>
	<p>Mit dem 2017 beschlossenen Pflegeberufereformgesetz werden die bisher im Altenpflegegesetz und Krankenpflegegesetz getrennt geregelten Ausbildungsgänge zusammengeführt. Alle Auszubildenden erhalten künftig zwei Jahre lang eine gemeinsame, generalistisch ausgerichtete Ausbildung, mit der Möglichkeit einen Vertiefungsbereich in der praktischen Ausbildung zu wählen. Wer die generalistische Ausbildung im dritten Jahr fortsetzt, erwirbt den Abschluss zur Pflegefachfrau oder zum Pflegefachmann. Die CDU Bremen bekannt sich ausdrücklich zur generalistischen Pflegeausbildung und der damit verbundenen Berufsreform als einen wichtigen Bestandteil der Attraktivitätssteigerung des Berufsbildes. Die derzeit noch existierende Möglichkeit einen separaten Abschluss in der Kinderkranken- und der Altenpflege zu erwerben, sehen wir lediglich als Übergangslösung an, bis sich neue Strukturen etabliert haben und sprechen uns perspektivisch für die Generalistik als einzigen Abschluss aus.</p> <p>Die Reform der Pflegeausbildung erfordert es für uns die Kompetenzen der Pflegeschulen, der Kliniken und der der Altenpflegeeinrichtungen in Bremen und Bremerhaven zu bündeln, um ein attraktives Ausbildungsangebot gewährleisten zu können. So wird es beispielsweise notwendig sein, dass alle Auszubildenden Praktika auf verschiedenen Klinikstationen absolvieren. Hoch spezialisierte Einrichtungen – wie beispielsweise die Kinderkliniken oder die Psychiatrie – verfügen über vergleichsweise geringe Kapazitäten für Praktika. Dennoch müssen alle Auszubildenden diese „Engpässe“ durchlaufen. Dies gelingt aber nur durch Kooperation und Koordination. Wir begrüßen es deshalb ausdrücklich, dass sich verschiedene Träger im Land Bremen zum Verein „Weser-Bildungsverbund Gesundheit und Pflege“ zusammengeschlossen haben und die generalistische Ausbildung in Zukunft gemeinsam angehen. Wir hoffen, dass sich auch die Kliniken im Land Bremen einem entsprechenden Kooperationsmodell anschließen werden, beziehungsweise eigene Modelle entwickeln. Wir werden Träger, Pflegeschulen, Kliniken und Pflegeeinrichtungen bei der Umsetzung der Generalistik unterstützen. Zur Erhaltung und zum Ausbau der Qualität in der Lehre sollte die Lehrer-Schüler-Relation 1:15 nicht überschreiten. Im Übrigen verweisen wir auf die Antwort zu Frage 11.</p>
	<p>Die Umsetzung erfolgt gemeinsam mit den Schulen, den verschiedenen Praxis- und Kooperationspartnern. Hierzu wurden bereits zahlreiche Beschlüsse in den zuständigen Deputationen gefasst. Für die Umsetzung der Reform der Pflegeausbildung ist es selbstverständlich, notwendige Ressourcen für die Bereitstellung neuer Materialien und Bücher zur Verfügung zu stellen, ebenso für Fortbildungsangebote und Praxisbegleitungen. Darüber hinaus ist ein Skills Lab für das Land Bremen aus unserer Sicht sinnvoll, das von allen Pflegeschulen und der Hochschule Bremen gleichermaßen genutzt werden könnte. Dies wäre ein maßgeblicher Schritt, um die Voraussetzungen für eine gelingende Pflegeausbildung zu schaffen.</p>

	<p>Die Umsetzung ist im vollen Gange. Uns Freien Demokraten ist wichtig, dass die Qualität der Ausbildung hoch ist und die Auszubildenden angemessen bezahlt werden. Die Begleitung der Umstellung muss durch die senatorischen Dienststellen geleistet und sichergestellt werden.</p>
	<p>DIE LINKE hat sich gegen die Pflegeberufe-Reform ausgesprochen, da sich nach unserer Auffassung die Attraktivität der Ausbildung durch die Reform nicht verbessern wird. Durch die Finanzierung der generalistischen Pflegeausbildung durch einen Bremer Landesfonds ist die Deckelung der Anzahl der Ausbildungsplätze aufgehoben, was wir begrüßen und was dringend notwendig ist, angesichts der prognostizierten Fachkräftelücke. Die einzelnen Pflegeschulen als zentrale Akteure der Umsetzung müssen umfassend eingebunden und unterstützt werden, besonders bei der Lösung des Mangels an Lehrpersonal, der auch in diesem Schulbereich droht. Hier muss das Land bereit sein, den Pflegeschulen notfalls auch weitere Mittel zur Verfügung zu stellen, um attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen. Bei den Arbeitsverhältnissen der Lehrkräfte finden wir es wichtig, dass Festanstellungen und Kontinuität vor flexiblen Lehraufträgen und Honorartätigkeit steht.</p>
	<p>Kostenloser Schulbesuch für alle sonstigen Heilberufe, also Pflegekräfte, Logopäden etc.</p>
<p>8. Welche Ideen haben Sie, um den Pflegeberuf für Schulabgänger/innen als attraktiven Ausbildungsberuf in Bremen zu gestalten?</p>	
	<p>Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs werden die Ausbildungskapazitäten, wie vom Senat geplant, aufgestockt. Mit fünf zentralen Maßnahmen soll der Fachkräftebedarf künftig abgedeckt werden: Erhöhung der Ausbildungskapazitäten, Erhöhung der Attraktivität der Ausbildungen inklusive der Akademisierung der Gesundheitsfachberufe, systematische Qualifizierung von Lehrkräften für die Gesundheitsfachberufe und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen, als auch der begleitenden Unterstützungsangebote der Auszubildenden. Außerdem werden wir zusätzliche Referendariatsplätze für die Pflegeausbildung schaffen. Auf Bundesebene haben wir uns für eine Reform der Pflegeberufe eingesetzt, die mehr Durchlässigkeit schafft und durch die vielfältigen Tätigkeitsfelder den Pflegeberuf für viele Auszubildende attraktiv macht.</p>
	<p>Die CDU in Bremen setzt sich dafür ein, dass in den Bremischen Schulen die Berufsorientierung weiter ausgebaut und der handlungsorientierte Unterricht gestärkt wird. Schülerinnen und Schüler sollen besser als bisher auf die Chancen und Herausforderungen der dualen und der schulischen beruflichen Ausbildung vorbereitet werden. Wir wollen mehr Wertschätzung für berufspraktisches Wissen und Können auch in den allgemeinbildenden Schulen. Aus diesem Grund sind wir der Überzeugung, dass den Schülerinnen und Schülern der Pflegeberuf nähergebracht und die guten Aufstiegs- und Weiterbildungsangebote verdeutlicht werden müssen. Letztlich entscheiden sich die Schülerinnen und Schüler aber auch und in besonderem Maße aufgrund der Arbeitsbedingungen für oder gegen einen Beruf. Hierzu müssen wir verschiedene Maßnahmen ergreifen (siehe hierzu die Antwort auf die Fragen 1, 2 und 12).</p>

	<p>Dazu muss weiterhin mit allen Beteiligten für den Standort Bremen geworben werden, um auch Interessierte aus dem Umland nach Bremen zu holen. Wir GRÜNE wollen die Vergütung während der Ausbildung transparent gestalten und auch an dieser Stelle dafür Sorge tragen, dass die Ausbildung allgemeinverbindlich tariflich vergütet ist.</p> <p>Wir GRÜNE setzen uns nach Kräften dafür ein, dass Pflegekräfte in ihrer Arbeit eine Entlastung erfahren. Wir wollen die Attraktivität dieses wertvollen Berufs wieder in den Mittelpunkt rücken. Bessere Arbeitsbedingungen, eine angemessene Bezahlung, eine familienfreundliche Arbeitsorganisation und mehr Zeitsouveränität sind unsere Ziele. Dazu fordern wir bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen, gesetzlich festgelegte Personalbesetzung mit höheren Personalschlüsseln und eine bessere Bezahlung sowie die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen – so steht es in unserem Wahlprogramm.</p>
	<p>Wir Freie Demokraten werden dafür sorgen, dass das Arbeitsumfeld attraktiv ist. Wir setzen uns für ausreichend Personal und angemessene Finanzierung ein. Wir wissen, wie wichtig das Personal ist und schätzen es wert. Wir reden die Pflege nicht schlecht, sondern streiten für Verbesserungen.</p>
	<p>Die Pflegeberufe müssen an Attraktivität gewinnen für junge Menschen. Das gelingt nur über bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Bezahlung während der Ausbildung und später im Beruf. Auch Konzepte für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf können die Entscheidung für einen Pflegeberuf positiv beeinflussen. DIE LINKE spricht sich zudem dagegen aus, dass Auszubildende für das Stopfen von Personallöchern eingesetzt werden. Aus diesem Grund sind wir gegen eine Anrechnung von Auszubildenden auf den Personalschlüssel für die gesamte Dauer der Ausbildung.</p>
	<p>Ausbildungsvergütung mit jedem Jahr ansteigend vglb. anderen Lehrberufen.</p>
<p>9. Was tun Sie, um den Aufbau eines primär qualifizierender Bachelorstudiengangs und spezialisierter Masterstudiengänge in Bremen voranzutreiben?</p>	
	<p>Wir begrüßen die Einführung und Aufbau eines primärqualifizierenden Internationalen Studiengangs Pflege B.Sc. an der Hochschule Bremen (HSB). Bremen ist das erste Bundesland, das unter den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen einen entsprechenden Studiengang anbietet. Der Bachelorabschluss berechtigt eine gesicherte Anschlussfähigkeit in den Master „Community und Family Health Nursing“ an der Universität Bremen, sowie die Möglichkeit sich 135 Credits für das Lehramtsstudium berufliche Fachrichtung Pflege an der Universität Bremen anerkennen zu lassen. Ob sich Möglichkeiten zu spezialisierten Masterstudiengänge anbieten und entwickeln lassen, wird sich durch die Erfahrung im Rahmen des Aufbaus und der Durchführung des jetzt neugegründeten Bachelorstudiengangs ergeben.</p>
	<p>Die Fragen 9, 10 und 11. werden von der CDU Bremen gemeinsam beantwortet.</p> <p>Die CDU in Bremen bekennt sich ausdrücklich zur Einrichtung des primär qualifizierenden Studiengangs Pflege und wird die Hochschule Bremen bis zum Start des Angebots konstruktiv begleiten. Der kürzlich von der Bremischen Bürgerschaft mit den Stimmen der CDU verabschiedete Wissenschaftsplan 2025 sieht für die</p>

	<p>kommenden Jahre eine entsprechende Schwerpunktsetzung an der Hochschule sowie die Verbindung mit der Therapieausbildung und anderen gesundheitswissenschaftlichen Fächern vor. Diese Zusammenarbeit und die klare Ausrichtung bietet die Möglichkeit ein neues Lernumfeld für die Studentinnen und Studenten des Pflegestudiengangs zu schaffen und ist somit ein Paradebeispiel für den notwendigen multiprofessionellen Ansatz. Wir bekennen uns zur Umsetzung des Wissenschaftsplans und der damit verbundenen Fokussierung auf den Bereich Gesundheit und Pflege.</p> <p>Wir begrüßen außerdem die Ankündigung der Hochschule Bremen eine Art Campusbau zu schaffen, wo Auszubildende des Ausbildungsverbundes (siehe hierzu die Antworten auf Frage 7) und Studenten gemeinsam lernen. Somit wird das Berufsbild Pflege durchlässiger und bietet Aufstiegschancen. Neben den Bestrebungen in Bremen, begrüßen und unterstützen wir die Entscheidung der Hochschule Bremerhaven einen neuen Studiengang „Medical Physician Assistant“ (MPA) anzubieten und dadurch eine weitere Möglichkeit zu schaffen, welche die Übertragung medizinischer Aufgaben an nicht-ärztliches Personal vorsieht (siehe hierzu die Antworten auf Frage 14).</p>
	<p>Insgesamt wollen wir den Ausbau unserer Hochschulen unterstützen, sie sollen im Wissenschaftsplan 2025 weiter finanziell gestärkt werden. Wir wollen eine Neuordnung der Wissenschaftsfinanzierung zwischen Bund und Ländern.</p> <p>Wir GRÜNE wollen die Gesundheitsversorgung verbessern. Exzellente Kliniken im Land Bremen wie auch eine hohe wissenschaftliche Expertise im Bereich Public Health und in den therapeutischen Gesundheitsfachberufen sind die Grundlage, um modellhaft die Zusammenarbeit aller medizinisch pflegerischen Disziplinen auf Augenhöhe an einem gemeinsamen Gesundheitscampus zu entwickeln.</p>
	<p>Ein solcher Studiengang ist geplant. Wir fordern, dass die Finanzierung sichergestellt und der Wissenschaftsplan ausfinanziert wird.</p>
	<p>DIE LINKE sieht eine Akademisierung der Pflege als Primärqualifikation nicht als Lösung des Fachkräftemangels an. Dennoch verschließen wir uns nicht der regelhaften Möglichkeit einer akademischen Qualifizierung und Weiterbildung, gerade weil die Qualitätsanforderungen in der Pflege weiter steigen. Beide Wege –der akademische und der nicht-akademische –müssen möglich sein.</p>
	<p>Wird unterstützt, aber keine Akademisierung des Berufes (hauptsächlich für Leitungspersonal, aber nur nach mind. 5 jähriger praktischer Arbeit und als duale Ausbildung.)</p>

10. Die Hochschule Bremen startet zum WS 19 mit einem primärqualifizierenden Studiengang und an der Uni Bremen gibt es die Möglichkeit, Pflegewissenschaft B.A. dual zu einer Berufsausbildung zu studieren. Wie können diese **Studiengänge weiter gefördert oder ausgebaut** werden, so dass die von dem Wissenschaftsrat der Bundesregierung geforderte **akademisierte Fachkraftquote von 10% am Patientenbett** in Bremen erreicht werden kann? Wie wollen Sie dazu beitragen, dass Pflegefachpersonen mit einer akademischen Aus- oder Weiterbildung in der **klinischen Praxis verbleiben** wollen?



Mit der Einrichtung eines qualifizierten Studiengangs an der Hochschule Bremen verbinden wir das Ziel, den Pflegeberuf aufgewerteter und attraktiver zu gestalten. Damit sichern wir die Qualität in der Pflege und das Angebot an Fachkräfte. Damit verfolgen wir das Ziel einer **akademisierte Fachkraftquote von 10% am Patientenbett** zu erreichen. Bessere Bezahlung und attraktivere Arbeitsbedingungen sind Rahmenbedingungen, um einen Verbleib von Pflegefachpersonen mit einer akademischen Aus- oder Weiterbildung in der klinischen Praxis zu erreichen. Dafür werden wir uns weiterhin einsetzen.



Siehe Frage 9.



Als GRÜNE unterstützen wir es sehr, dass es eine **spürbare Erhöhung des Anteils an akademischen Fachkräften in der Pflege** geben muss. Das kommt nicht nur den Pflegebedürftigen ganz konkret zugute, gleichzeitig ist eine größere Akademisierung aufgrund des sehr komplexen Arbeitsfelds im Pflegebereich dringend nötig. Auch deshalb haben wir GRÜNE uns in dieser Legislaturperiode dafür stark gemacht, dass das fachliche Profil der Hochschule Bremen um einen Schwerpunkt Gesundheitswissenschaften erweitert wird. Ziel dieser neuen Schwerpunktsetzung ist es, für Fachpersonal, das in komplexen Aufgabenbereichen der Pflege, der Therapieberufe und der Geburtshilfe tätig ist, aufgrund der gestiegenen Anforderungen **ein geeignetes Studienangebot zu schaffen** und diese Ausbildung dadurch aufzuwerten. Im Bereich Pflege wurde auf Basis der Kooperationsvereinbarung Pflege zwischen der Hochschule Bremen und der Universität Bremen eine aus unserer Sicht sinnvolle Abstimmung und Arbeitsteilung in diesem Bereich vereinbart. So wird die Universität Bremen sich zukünftig auf den pflegepädagogischen Bereich konzentrieren, die Hochschule Bremen auf den Bereich der klinischen Pflege. Wir erwarten nun von den beiden Hochschulen, dass sie die auf Basis der Kooperationsvereinbarung vorgesehene **Anschlussfähigkeit der Bachelorabsolvent*innen der Hochschule an die einschlägigen Masterangebote der Universität auch aktiv umsetzen**. Diesen Prozess wollen wir auch in der nächsten Wahlperiode weiterhin aktiv begleiten. Über eine enge Verbindung im Rahmen der akademischen Aus- und Weiterbildung von Fachpflegepersonen und klinischen Praxisfeldern und einer Stärkung der Attraktivität der Arbeitsplätze im Bereich klinischer Praxis allgemein sollte alles unternommen werden, die Fachpersonen im Anschluss an ihre Ausbildung auch in diesen Arbeitsfeldern zu halten.









Wir freuen uns über jede und jeden, der sich für die Pflege qualifiziert. Es ist **Aufgabe der Einrichtungen und Träger** dafür zu sorgen, dass **akademisch ausgebildete Kräfte auch in der Pflege entsprechende Arbeit** finden. Dafür müssen sie sich und die Arbeit entsprechend umorganisieren.









Siehe Frage 9









Wie eben, wichtig ist eine TOP- fachliche Ausbildung mit Praxisorientierung, Reduzierung der Bürokratie, Erhöhung des Zeitanteils der Arbeit am und mit dem Menschen, Supervision.

11. Inwieweit planen Sie die Pflegeforschung durch eine bessere finanzielle Förderung in Bremen zu fördern?	
	<p>Das Land Bremen verfügt bekanntlich über ein gutes überregional anerkanntes Angebot an stationären, teilstationären und ambulanten Versorgungseinrichtungen und an bundesweit anerkannten wissenschaftlichen Einrichtungen. Der Wissenschaftsschwerpunkt Gesundheitswissenschaften in Bremen vertritt einen der größten und forschungstärksten Standorte im Bereich Gesundheitswissenschaften, Public Health und Pflegeforschung in Deutschland. Unter dem Dach des Wissenschaftsschwerpunktes (WSP) werden seit einigen Jahren die Ressourcen in diesem Bereich gebündelt und die Kooperation zwischen Universität und außeruniversitären Einrichtungen gestärkt. Beteiligt sind insbesondere das Institut für Public Health und Pflegeforschung (IPP), das Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie (BIPS), das SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik sowie das Kompetenzzentrum für Klinische Studien Bremen (KKSb).</p>
	Siehe Frage 9.
	<p>Als GRÜNE machen wir uns dafür stark, dass der Bereich der Pflege dringend aufgewertet wird, die Arbeitsbedingungen verbessert und verbindliche Personalbemessungsstandards in Altenpflegeeinrichtungen, Krankenhäusern und ambulanten Pflegediensten eingeführt werden. Hierbei spielt die Pflegeforschung eine wichtige Rolle. Daher werden wir uns bei Haushaltsberatungen in der nächsten Wahlperiode auch dafür einsetzen, dass dieser Bereich gestärkt wird.</p>
	<p>Wenn die Studiengänge aufgebaut und etabliert sind, wird es besser möglich sein forschendes Lernen zu verwirklichen. Durch solide Grundfinanzierung wird es den Lehrenden möglich Forschungsmittel einzuwerben. Bei eigenen Fragestellungen Bremens sind geeignete bremische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu berücksichtigen</p>
	<p>DIE LINKE wird sich für eine adäquate Versorgungsforschung, inner-und außeruniversitär, einsetzen. Insgesamt ist die wissenschaftliche Erforschung der Gesundheitsversorgung mit zu geringen Mitteln ausgestattet. Das gilt auch für die Pflegewissenschaften. Wir fordern den Ausbau der öffentlichen und gemeinnützigen Forschung, da wichtige Forschungsprojekte im Sinne der Patient*innen bislang zu selten finanziert werden, da ein return-of-investment häufig dabei nicht zu erwarten ist. Daher setzt DIE LINKE sich für eine stärkere Zusammenführung von Wissenschaft und Versorgungspraxis ein und für eine Beteiligung von Patientenverbänden an wichtigen Entscheidungen.</p>
	<p>Forschung ja v.a. im Hinblick auf Erhöhung der Mobilität im Alter: Reha, Housing First vor ambulanter u. stationärer Versorgung(Nutzung des § 76 I SGB IX) zum kommunalen Ausbau der sozialen Teilhabe analog Dänisches Modell.</p>

12. Welche Maßnahmen planen Sie zur deutlichen Erhöhung der Ausbildungszahlen in der Pflege in Bremen?	
	Mit der Neuorganisation der Pflegeberufe (generalistische Pflegeausbildung) wird die Deckelung der Anzahl der Ausbildungsplätze aufgehoben. Das Ziel ist, dass jeder/jede Interessent/in einen Schulplatz bekommt. Der Beginn der gemeinsamen Ausbildung von Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege zum 1. Januar 2020 muss genutzt werden, um ein hohes Niveau der Fachkraftausbildung für die nötigen bis zu 1.000 Schülerinnen und Schüler weiter sicherzustellen und weiterzuentwickeln.
	Die CDU in Bremen will sicherstellen, dass zu Beginn der generalistischen Pflegeausbildung im Januar 2020 insgesamt 1.000 Ausbildungsplätze im Land Bremen zur Verfügung stehen. Gleichzeitig bekennen wir uns dazu, dass diese Zahl in den kommenden Jahren bedarfsgerecht angepasst werden muss. Eine Deckelung der Ausbildungsplätze in der Pflege – wie es in der Vergangenheit üblich war – darf es nicht mehr geben. Darüber hinaus wollen wir eine Weiterqualifizierungsoffensive für derzeitige Pflegehilfskräfte , die sich zu Fachkräften weiterentwickeln wollen, und werden dafür pro Jahr 50 schulische Plätze zur Verfügung stellen. Neben der Schaffung von Ausbildungskapazitäten müssen wir aber vor allem erreichen, dass sich wieder mehr Schulabgänger für einen Ausbildungsplatz in der Pflege an den Standorten Bremen und Bremerhaven entscheiden. Mit der generalistischen Pflegeausbildung und den damit verbundenen flexiblen Aufstiegs- und Einsatzmöglichkeiten hat die CDU geführte Bundesregierung einen wichtigen Schritt in Richtung der Attraktivitätssteigerung des Berufsbildes getan. Nun liegt es vor allem an der Landespolitik die Vorteile Bremens zu betonen. Deshalb wollen wir insbesondere mit der Bremer Pflegeinitiative , dem Bremer Pflegerat und den Berufsverbänden darüber sprechen und Maßnahmen finden, die dazu dienen sollen eine Berufsorientierung im Sinne der Pflege zu schaffen.
	Wir unterstützen den Aufbau der generalistischen Ausbildung in Bremen, stehen in engem Austausch mit den Ausbildungseinrichtungen und werden gemeinsam die Schülerzahlen ermitteln. In dieser Wahlperiode haben wir bereits wichtige Maßnahmen zur Gewinnung von zusätzlichen Pflegekräften eingeleitet. Die Anzahl der Ausbildungsplätze in der Pflegeausbildung wurde bereits im Jahr 2016 von 120 auf 250 angehoben. Zudem haben wir GRÜNE veranlasst, dass Bremen ein „ Sonderprogramm zur Altenpflege “ für arbeitslose Menschen, Geflüchtete und Alleinerziehende auflagt hat, um zusätzliches Personal zu gewinnen. Für das Sofortprogramm stehen jährlich 220.000 Euro bereit. Den Antrag „Fachkräftesicherung in der Altenpflege“ unserer GRÜNEN-Fraktion finden Sie im Internet unter der Drucksache 19/1380.
	Wir werden deutlich mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen und streiten dafür, dass die Mittel dafür bereitgestellt werden und sich alle, die dafür Verantwortung tragen, an der Finanzierung beteiligen.
	Siehe Antwort zu Nr. 8.
	Siehe 7 u. 8

13. Wie steht Ihre Partei zur **Beibehaltung der Fachkraftquote** von 50% in stationären Altenpflegeeinrichtungen in Bremen?

	<p>Wir unterstützen das Ziel der Beibehaltung der Fachkraftquote von 50 Prozent in stationären Altenpflegeeinrichtungen in Bremen. Aufgrund des Fachkräftemangels kann nicht nur in Bremen eine zunehmende Anzahl der stationären Einrichtungen, die vorgeschriebene Fachkraftquote von 50 Prozent nicht mehr erfüllen, mit der Folge von Belegungsstopps: Trotz steigender Nachfrage können weniger Pflegebedürftige aufgenommen werden. Mit dem Pflegestärkungsgesetz haben wir einen wichtigen Schritt für zusätzliche Pflegekräfte geschaffen. Darüber hinaus brauchen wir eine Reform der Pflegeversicherung, mit der die Grundlage für einen umfassenden, ganzheitlichen Ansatz gelegt ist. Eine nachhaltige und solidarische Finanzierung der Pflege ist Voraussetzung dafür, dass neue, gute und sichere Arbeitsplätze im Bereich der Dienstleistungen von Menschen für Menschen entstehen können.</p>
	<p>Derzeit halten wir die bestehende Fachkraftquote von 50 Prozent für wichtig, um die Qualität in den Einrichtungen – auch mit Blick auf die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer – zu sichern. Wir werden allerdings die Ergebnisse der bundesweiten Studie zur Fachkraftquote in der Pflege, die 2020 vorliegen sollen, schnellst möglich auswerten und die festgehaltenen Ergebnisse gegebenenfalls durch landesgesetzliche Regelungen umsetzen.</p>
	<p>Wir wollen eine hohe Fachlichkeit in den einzelnen Einrichtungen sichergestellt wissen. Ein guter Teammix ist dabei entscheidend.</p>
	<p>Wir wollen, dass ein Personalmix vorgehalten wird, der die Aufgaben bewältigen kann. Der wird nicht in einer starren Quote abgebildet, sondern muss die Bedarfe der Pflegebedürftigen berücksichtigen.</p>
	<p>DIE LINKE setzt sich für die Einführung einer bundeseinheitlichen Regelung für verbindliche Personalschlüssel in stationären Pflegeeinrichtungen ein. Eine mindestens 50%ige Fachkraftquote ist dabei einzuhalten.</p>
	<p>Positiv</p>

14. Wie stehen Sie zur **Übertragung von medizinischen Aufgaben (Substitution)** an Pflegefachpersonal zur Gewährleistung einer adäquaten Versorgungsstruktur in der Primärversorgung?



In anderen europäischen Ländern ist die Delegation und Substitution ärztlicher Tätigkeiten durch Angehörige von anderen Gesundheitsberufen längst stärker in die Praxis umgesetzt. Wir vertreten die Auffassung, dass Berufe im Gesundheitswesen viel besser zusammenarbeiten können. **Delegation und Substitution durch akademische Pflegekräfte können zu einer verbesserten Versorgung führen.** Daher unterstützen wir Bestrebungen für ein gleichberechtigtes Zusammenwirken der Gesundheitsberufsgruppen, um die Versorgung der Patienten gut und besser zu gestalten.



Das deutsche Gesundheitswesen sichert im internationalen Vergleich eine Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau. Dennoch weist es Strukturdefizite auf, die eine qualitativ hochwertige, bedarfsgerechte und wirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung hemmen. Patientinnen und Patienten haben ein Recht auf eine bedarfsgerechte und qualitativ gute medizinische und pflegerische Versorgung. Dies ist ebenso wie der wirtschaftliche Einsatz der notwendigen Ressourcen für die Gesundheitsversorgung ein wichtiger Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, muss die dazu notwendige Koordination und Vernetzung aller Beteiligten weiter konsequent vorangetrieben werden.







Neben der sektorenübergreifenden Versorgung spielt hier auch die **Optimierung der Behandlungsabläufe und Prozesse** eine wichtige Rolle. Die Behandlungsabläufe orientieren sich häufig noch zu stark an den sektoralen Versorgungs- und Vergütungsvorgaben statt am eigentlichen Behandlungsbedarf der Patienten. Die Folgen sind Kommunikationsprobleme und eine generell mangelnde Kooperation der Gesundheitsberufe innerhalb und zwischen den Sektoren. Dies trägt bei vielen an der Versorgung Beteiligten nicht zur Motivation bei. Pflegenden, die ein entsprechendes Bachelor- oder Masterstudium absolviert haben, treffen beispielsweise auf ein System im Krankenhaus, was wenig Entscheidungsfreiheit für den nicht ärztlichen Bereich zulässt. Die Folge ist oft Frustration und Demotivation. Ausländische Fachkräfte, die in ihrem Heimatland oft ein anderes – weitaus anspruchsvolleres – Aufgabenprofil als in Deutschland haben, machen dieselben Erfahrungen. Eine Verbesserung der Arbeitsteilung zwischen ärztlichen und nicht-ärztlichen Professionen, die letztlich auch zu einer **Übertragung von medizinischen Aufgaben** führt, ist aus Sicht der CDU Bremen daher unerlässlich. Diese muss aber gut vorbereitet und mit allen Beteiligten Berufsgruppen abgesprochen werden, um möglichst wenig Widerstände zu erzeugen. Insbesondere bei der **Übertragung von medizinischen Aufgaben und der Weiterentwicklung des Berufsbildes Pflege kann die Pflegeberufekammer** (Antworten zu Frage 4) einen wichtigen Beitrag leisten.





Es wird endlich Zeit, dass – wie in vielen europäischen Nachbarländern auch üblich – die Fähigkeiten des gut ausgebildeten Pflegefachpersonals entsprechend genutzt werden und **medizinische Aufgaben selbstverständlich übertragen** werden können. Dieser Schritt würde ebenfalls den Beruf der Pflegefachkraft aufwerten, erfordert dann auch eine **entsprechend bessere Bezahlung**.



Da Pflegepersonal immer weiter qualifiziert ist bzw. wird, sollte **dieses Potential auch genutzt werden**. Andere Gesundheitssysteme tun dies sehr erfolgreich. Auch wir sollten dies tun.

	<p>DIE LINKE sieht die Pläne von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn zur Übertragung von medizinischen Aufgaben an Pflegekräfte sehr kritisch. Bei dem Ansinnen des Gesundheitsministers geht es weniger um die Aufwertung des Pflegeberufes, sondern vielmehr um ein Stopfen von Personallöchern im ärztlichen Bereich durch Aufgabenverlagerung an das Pflegepersonal. Dies kann jedoch nicht die Lösung sein. Nach unserer Auffassung kann ein Programm zur Gewinnung von medizinischem und pflegerischem Personal nur über eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen gelingen.</p>
	<p>Nur nach entsprechender Qualifizierung mit einem Plus an Bezahlung.</p>
<p>15. Wie planen Sie die Umsetzung der Mitgliedschaft Bremens im Gesunde-Städte-Netzwerk? Wo sehen Sie hierbei die Rolle der Pflegenden?</p>	
	<p>Wir begrüßen den Beitritt Bremens zum Gesunde Städte-Netzwerk der europäischen Region der Weltgesundheitsorganisation. Dem Beitritt haben wir am 4. Dezember 2018 in der Sitzung der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz zugestimmt. Durch den Beitritt Bremens erwarten wir von den Kompetenzen und Erfahrungen von anderen Mitgliedstaaten, insbesondere auch Weiterentwicklungen im Pflegebereich, zu erfahren und diese ggf. bei uns anzuwenden.</p>
	<p>Die Mitgliedschaft im „Gesunde Städte-Netzwerk“ bietet uns die Möglichkeit bestehende Versorgungsstrukturen im Sinne einer patientenorientierten Gesundheitsförderung zu überdenken und gegebenenfalls neu auszurichten. Dies ist zwingend notwendig, weil unsere bisherige Versorgung – mit ihrer strikten Aufteilung in stationäre und ambulante Angebote mit jeweils eigenen Budgets – immer öfter nicht mehr den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten entspricht. Wir wollen Versorgung aber patientenorientiert denken und dabei auch auf Landes- und kommunaler Ebene in Bremen und Bremerhaven aktiv werden. Deshalb sprechen wir uns beispielsweise auch für die perspektivische Einrichtung von Pflegekompetenzzentren aus, wo die Versorgung vom Patienten ausgedacht und bedarfsgerecht gesteuert wird. Für uns sind diese Zentren ein Beispiel für eine moderne und sektorenübergreifende Versorgungsstruktur. Die Pflegenden spielen hierbei eine wichtige Rolle, denn sie können – mit ihrer Berufserfahrung und ihrer fachlichen Expertise – universell und in verschiedenen gesellschaftlichen Zusammenhängen sowohl für die Versorgung als auch für Präventionsfragen eingesetzt werden. Das „Gesunde Städte-Netzwerk“ bietet uns für die genannten Vorhaben einen kommunalen Handlungsrahmen.</p>
	<p>Bremen und Bremerhaven sind dem Gesunde-Städte-Netzwerk beigetreten, das durch die Gesundheitsämter koordiniert werden soll. Eine aktive Beteiligung von Pflegenden ist notwendig, um deren Erfahrung und Wissen berücksichtigen zu können.</p>
	<p>Es ist Aufgabe der Regierung dies auszufüllen. Dabei müssen die Pflegenden aktiv einbezogen werden. Sie sind wichtiger Bestandteil unseres Gesundheits- und Versorgungssystems.</p>

	DIE LINKE unterstützt die Mitgliedschaft Bremens im Gesunde-Städte-Netzwerk , da es der Gesundheitsversorgung und -prävention einen höheren Stellenwert gibt. Dieses Netzwerk kann aber nur erfolgreich sein, wenn man auch alle Bereiche der Praxis und somit auch die Pflegenden einbindet.
	Positiv; Pflegende können evtl. durch Fragebögen beteiligt werden